

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag  
vom 9. - 13. Oktober 2017 in Berlin



# Mediendienst

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand - Pressestelle  
Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich  
**Ruprecht Hammerschmidt**

Telefon 069-95 737 135  
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de  
www.igbau.de

09.10.2017 – PM 92/2017

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

## Andrea Nahles und Reiner Hoffmann Gäste der Eröffnungsfeier

**Berlin** – Ihr erster öffentlicher Auftritt als SPD-Fraktionsvorsitzende führte Andrea Nahles zur Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Sie sprach auf der heutigen (für die Red.: 9. Oktober 2017) Eröffnungsfeier des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstages zu den rund 300 Delegierten. Die frühere Bundesarbeitsminister zog eine positive Bilanz ihrer Regierungsarbeit mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, der Rente ab 63 oder dem Verbot, Leiharbeiter als Streikbrecher einzusetzen. Nahles erinnerte auch an die mit IG BAU und Bauarbeitgebern gemeinsam geleistete Rettung der Sozialkassen der Bauwirtschaft. Diese waren durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts in finanzielle Bedrängnis geraten. „Ich habe darüber nachgedacht, was geworden wäre, wenn das Urteil erst im nächsten Jahr ergangen wäre“, sagte Nahles. Ebenso listete Nahles aber die Themen auf, die verbessert werden müssen. Eine moderne Mitbestimmung gehört dazu, ebenso Rentenverbesserungen und die Stärkung von tariflichen Strukturen oder die Herausforderungen durch die Digitalisierung. Als Spitze gegenüber dem scheidenden Finanzminister sagte Nahles: „Der kommende Bundeshaushalt muss ein Investitionshaushalt werden.“

Der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann dankte Andrea Nahles in seinem Grußwort für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren. Er mahnte zudem vor einer Verharmlosung des AfD-Erfolgs. „Ich

finde es nicht normal, dass Rechtsradikale im deutschen Parlament sitzen“, sagte Hoffmann. „Das muss uns Sorge bereiten.“ Auch mancher Gewerkschafter hätte AfD gewählt, sagte er. Dies leite sich durchaus auch aus der sozialen Lebenslage ab. Deshalb forderte Hoffmann von der zukünftigen Bundesregierung unter anderem mehr Sicherheit im Betrieb mit Tarifverträgen, eine starke Mitbestimmung und eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die gute Arbeit fördert und sichert.